Eduard Haug

Kulturelle Demokratie und Recht auf Verschiedenheit

Ändert der Pariser Zentralismus seine Haltung zu den sprachlichen Minderheiten in Frankreich?

Zu einem für den französischen Kulturminister
von Henri Giordan verfaßten amtlichen Gutachten

„Der Westen", Beiheft 6
Gesellschaft der Freunde und Förderer der
Erwin von Steinbach-Stiftung
Filderstadt-Bernhausen
1984

Diese Schrift ist das 6. Beiheft des Mitteilungsblattes „Der Westen", das von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung, Wiesenstraße 110, D-7024 Filderstadt-Bernhausen, herausgegeben wird

Noch lieferbar: Beiheft 4: Die Dreihundertjahrfeier der Annexion der Reichsstadt Straßburg (30. September 1681—30. September 1981) herausgegeben von Eduard Haug und Dietrich Pfaehler. 28 Seiten. (1981)

Beiheft 5: Eduard Haug: Erhält die angestammte deutsche Sprache der Elsässer und Deutschlothringer endlich die ihr gebührende Stellung? 12 Seiten. (1982)

© 1984 by Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung, Filderstadt-Bernhausen

Verantwortlich für den Inhalt: Eduard Haug und Dietrich Pfachler

Nachdruck gegen Übersendung von zwei Belegexemplaren gestattet

Satz und Druck: Rötter Druck und Verlag GmbH, 8740 Bad Neustadt a.d. Saale
Printed in Germany 1984

Henri Giordan, Démocratie culturelle et droit à la différence. Rapport au ministre de la culture. 1982. Verlag: La Documentation Française, Paris.
Zu beziehen zu etwa 55 Francs von SALDE; 31, rue Oberlin, F-67000 Straßburg.

In Frankreich hat sich ein eigentümlicher Wandel vollzogen: Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die ärgsten Gegner aller Autonomiebestrebungen die „Radikalsozialisten", die nur als Laizisten „radikal" waren aber keine Sozialisten, und die SFIO, die französische Sektion der Sozialistischen Internationale, die Vorgängerin der heutigen Sozialistischen Partei (PS). Diese nun ist die erste gesamtfranzösische Partei, die den Regionalismus und die Achtung der Minderheiten auf ihre Fahne geschrieben hat. Aus wahltaktischen Gründen, sagen manche. Dies dürfte aber kaum der Grund zum Wandel sein, denn in dem Augenblick, in dem sie durch Regionalisierungspläne die einen anziehen, stoßen sie mindestens ebensoviele ab.

Eine Ursache dieses Wandels liegt vielleicht darin, daß im Lager des minderheitlichen Selbstbehauptungswillens vieles anders geworden ist: Standen vor 1939 in allen sieben Minderheiten die Vorkämpfer für die Minderheitenrechte eher rechts, so stehen sie heute weitgehend links. Bekannt ist der sozialistische bretonische Abgeordnete Le Pensec, der ein für französische Verhältnisse sehr weitgehendes Minderheitenschutzgesetz eingebracht hat.

Sprache der Minderheiten oder „Sprache der Nachbarn"?

Bezeichnend waren die Antworten, die 1981 im Kampf um die Präsidentschaft die Kandidaten Giscard und Mitterrand dem Straßburger Schickele-Kreis gegeben haben, als dieser sie gefragt hatte, wie sie zum Deutschunterricht im Elsaß und in Lothringen stehen. Die Antwort Giscards ging völlig an der Grundfrage vorbei, die er entweder nicht verstanden hatte oder gar nicht verstehen wollte, er sei für das Erlernen *„der Sprache des Nachbarn"*, während es ja um die angestammte Sprache von anderthalb Millionen französischer Staatsbürger ging. Mitterrand erklärte, er werde für die Förderung der regionalen Sprachen sorgen. Er hatte verstanden.

In diesem Sinne auch wurde Henri Giordan, ein Kenner der Frage, damit beauftragt, für das „Kulturministerium" einen Bericht zu erstellen, wie vorgegangen werden könnte, um das kulturelle Leben ganz allgemein der Regionen Frankreichs, im besondern aber der Minderheiten, zu fördern. Es geht also darum, nicht nur den Minderheiten den ihnen nach internationalem Menschenrecht zustehenden Platz zu sichern, sondern auch darum, das kulturelle Leben, das Paris seit Jahrhunderten ganz an sich gezogen hat, wieder auf die Regionen, auch solche, die von jeher französischsprachig waren und infolge des Pariser Sogs an kultureller Auszehrung leiden, zu verlagern. Es wird also für ganz Frankreich auch auf kulturellem Gebiet Regionalisierung gefordert, nicht nur auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem, zusätzlich für die sieben Minderheiten Schutz und Förderung der angestammten Art in jeder Hinsicht, was Giordan *„démocratie culturelle"*, (Kulturdemokratie) nennt. Es gehe um eine *„kulturelle Demokratisierung, d.h. um die Rückgabe des den verschiedenen Sprachgemeinschaften vom fran-*

zösischen Staat bisher abgesprochene Recht auf Verschiedenheit" (droit à la différence). In dem Bericht wird des öfteren betont, es gehe um eine **Wiedergutmachung des vom französischen Zentralismus den Regionen und besonders den Minderheiten gegenüber begangenen Unrechts.** Diese Feststellung wäre von Poincaré bis Giscard völlig undenkbar gewesen, es ist ein für den *„français moyen"*, den Durchschnittsfranzosen, ausgesprochen revolutionärer Gedanke.

Bekenntnis zum „Recht auf Verschiedenheit"

Die Schrift bezieht sich in ihrem ersten Teil, *„Développement culturel régional et démocratie culturelle"* (Förderung der Regionalkultur und kulturelle Demokratie) auf die geplanten französischen Regionen ganz allgemein, im zweiten auf die Minderheiten. Dessen Titel lautet in dem soeben als „revolutionär" bezeichneten Geiste: *„Une politique de reconnaissance des cultures minoritaires" (Eine Politik der Anerkennung der Minderheitenkulturen).* Er stellt so etwas wie eine Schuldzuweisung an das zerstörerische Treiben der Pariser Zentrale seit Jahrhunderten dar. Wohlgemerkt: In einem Berichte, der im Auftrag des gegenwärtigen Staatspräsidenten und seiner Regierung erstellt worden ist!

Der Untersuchung vorangestellt ist ein Ausspruch, den Mitterrand am 14. März 1981 in Lorient in der Bretagne getan hat: *„Ein Volk in seiner Sprache schädigen, heißt, es im tiefsten Grunde seiner selbst verwunden. Wir bekennen uns zum Recht auf Verschiedenheit."* Das hatte kein verantwortlicher französischer Staatsmann vor ihm gesagt.

Aufgebaut ist der Bericht auf dem Ergebnis zahlreicher Sachverständigenaussagen, Anhörungen von 400 Personen, hoher Beamter des Europarates und der EG, Befragungen in den verschiedenen Regionen. Er beginnt mit dem vielsagenden Satz: *„Die Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Unterschiede, die in einem sehr bedeutsamen Teile der französischen Bevölkerung anzutreffen ist, beruht unmittelbar auf der grundsätzlichen Einstellung zur gesamten Kulturpolitik, die bestrebt ist, Grundlagen für eine kulturelle Demokratie zu schaffen."* Dies heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß es in dem sich stets seiner demokratischen Haltung rühmenden französischen Staate bisher **keine kulturelle Demokratie gegeben** hat, was den mit den französischen Verhältnissen nicht ganz vertrauten Leser einigermaßen verblüffen dürfte.

Giordan betont, es gehe nicht mehr darum, die Kunst zu entwickeln, zu fördern, dem Volke zugänglich zu machen, sondern darum, die Vielfalt der Volksgruppen (*sociétés*) anzuerkennen, ihre Würde und ihre geistigen Werte, die Minderheiten überhaupt zu achten. (Bericht der europäischen Kulturminister auf einem Treffen in Oslo 1976). Statt darauf einzugehen, habe die französische Kulturpolitik diesen kulturellen Forderungen die kalte Schulter gezeigt. Obwohl schon 1961 der Europarat betont hatte, *„den Personen, die einer Minderheit angehören, darf nicht das Recht verwehrt werden, ein eigenes geistiges Leben zu führen, ihre eigene Sprache zu gebrauchen, eigene Schulen zu eröffnen und Unterricht in der Sprache ihrer Wahl zu erhalten."* (Seite 14). Ferner habe die KSZE in ihrer Schlußakte 1975 das Recht auf Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Belange der Minderheiten proklamiert. Außerdem erwähnt Giordan Artikel 27 des internationalen UNO-Vertrags über die bürgerlichen und politischen Rechte vom 19. Dezember 1966, der 1976 gültig wurde: *„In den Staaten, in denen völkische, religiöse oder sprachliche Minderheiten bestehen, darf diesen Minderheiten angehörenden Personen das Recht gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu führen, ihre Religion zu bekennen und auszuüben oder ihre eigene Sprache zu benützen, nicht vorenthalten werden."* (Seite 16) Wichtig ist darin für Frankreich vor allem die Betonung des Wortes *„gemeinsam"*, denn das individuelle Recht, eine andere als die französische Sprache zu sprechen, wurde den **einzelnen** französischen Bürgern nicht abgesprochen, außer in dem berüchtigten Anschlag in den Schulen *„Es ist verboten auf den Boden zu spucken und Bretonisch zu sprechen."* Aber als **Kollektivrecht** war es den Minderheiten verwehrt, ihre Sprache zu pflegen. Die Minderheitensprachen wurden aus der Öffentlichkeit verbannt bis hin zum Tante-Emma-Laden, in dem die Waren nur auf französisch angeboten werden. Auch diese Erklärung hatte bisher die Pariser Regierung nicht erschüttern können: Die Regierung Barre und das damalige Parlament haben ihr einfach hinzugefügt: *„Unter Berücksichtigung des Artikels 2 der Verfassung kann Artikel 27 nicht angewendet werden, soweit es sich um die Republik handelt."* Giordan, der sich unter Berufung auf all' diese internationalen Gremien absichert, widerspricht der selbstherrlichen Erklärung aus der Zeit der Regierung Barre: Der herangezogene Artikel 2 der französischen Verfassung bedeute nur *„die Republik sichere allen Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Unterschied ihrer Herkunft, ihrer Rasse oder Religion zu"*. Der Vorbehalt sei eine Verwechslung von Gleichheit mit Gleichförmigkeit (Seite 16). Die jetzt geplante Reform sehe neben der **Staats**bürgerschaft eine **Kultur**bürgerschaft vor; dies stelle einen Bruch mit einer jahrhundertealten Überlieferung dar und die Verwirklichung dieses Planes werde viel Geduld erfordern. (Seite 17).

Ein ganz und gar revolutionärer Sinneswandel

Im ersten Hauptteil, der sich auf alle Regionen bezieht, stellt Giordan zunächst einmal fest: *„Die Ballung der schöpferischen Kräfte in Paris hat täuschen können und hat eine globale Unterentwicklung des französischen Kulturlebens überdeckt"*; (Seite 21) Er fordert (Seite 22) *„Eine neue Politik der Verbreitung der Kultur oder genauer gesagt, Kulturaustausch im Rahmen regionaler Gebiete... und in ihrer Beziehung zu regionalen Nachbargebieten, ob diese innerhalb des Sechsecks (= Frankreichs, d. Verf.) oder in fremden Staaten liegen."* Dies letztere ist vom früheren französischen Standpunkt aus gesehen nun ganz und gar revolutionär: Wer dies vor 1939 gefordert oder gar entsprechend gehandelt und hochoffiziell zu reichsdeutschen Stellen Beziehungen hergestellt hätte, wäre unweigerlich des Landes- und Hochverrates angeklagt worden, mit der Aussicht, am Exekutionspfahl von Champigneulles bei Nancy zu enden, so wie es 1940 Dr. Karl Roos angetan worden ist, der viel Bescheideneres gefordert hatte.

Im Jahr 1982 wird nun ein solches Recht in einem von der französischen Regierung angeforderten Gutachten als wünschenswert ausgegeben. Wir stellen mit Befriedigung

diesen Sinneswandel fest. Wieviel Leid wäre nicht nur den Minderheiten, nein, ganz Frankreich erspart geblieben, wenn er schon hundert Jahre früher stattgefunden hätte!

Giordan stellt einen umfassenden Plan auf, wie vorzugehen sei, um die Kultur in den Regionen zu bereichern, zu beleben, zu fördern. Es ist alles sehr genau und mit Liebe zur Sache durchdacht und gut gemeint. Wer aber gewohnt ist, über kulturelle und politische Strukturen nachzudenken, ohne sich vorsorglich das Stahlkorsett des französischen Zentralismus anzulegen, der schüttelt ein wenig verblüfft den Kopf ob so vieler Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, um das Natürlichste zu erreichen, nämlich, daß die einzelnen Regionen Frankreichs nach ihrer Façon selig werden können. Was soll's denn? Der Franzose schaue doch nur ein wenig über seine Grenzen hinweg, wo das Vorgeschlagene in der Schweiz und der Bundesrepublik derart selbstverständlich ist, daß kein Mensch meint, es betonen zu müssen, wo Italien und Spanien sich anschicken, es zu verwirklichen. Er kann sich dann des Eindrucks nicht erwehren, daß die französischen Strukturen durch den Zentralismus derart verbogen und verrostet sind, daß sie jetzt auch von diesem hegemonialen, auf der obersten hierarchischen Sprosse sitzenden Paris aus mit Hilfe eines noch aufzubauenden umfangreichen zentralen Apparates wieder zurechtgebogen und entrostet werden müssen. Dies sei kein Vorwurf dem gewiß gutwilligen und zielstrebigen Berichterstatter Giordan gegenüber, er schlägt einen Werg vor, der vielleicht der einzige in Frankreich gangbare ist. Aber wie schwerfällig wirkt es, wenn man die Selbstverständlichkeit der Kulturautonomie in der Schweiz und bei uns bedenkt.

Der Dezentralisierung fehlt eine regionale Führungsschicht

Wenn man diese Pläne vom elsässischen Standpunkt aus betrachtet, scheint Giordan eines zu übersehen: Die seit 1789 führende Schicht, die Bourgeosie und die sehnsüchtig nach deren Höhe schielenden aufstrebenden Kreise — die geistig Führenden also — sind derart von dem Pariser „Glanz", dessen Dünkel und Sendungsbewußtsein geblendet, angezogen und behext, daß ausgerechnet sie kaum dazu geeignet sind, das Steuer herumzuwerfen. Sie halten aber alle führenden Stellen besetzt, wer soll es dann tun?

Sehr richtig sieht Giordan, wie die seit 1959 angepeilte *„Regionalisierung"* vorerst auf ein Verteilen der kulturellen Güter von Paris aus herauskommt, also auf ein Abspeisen der Regionen mit dem, was vorher in der Pariser Küche zubereitet, gewürzt, extrahiert und gekocht worden ist, auf eine Einwegbahn von „oben" nach „unten" (Seite 31). Er deckt auch den trostlosen Zustand auf, daß kulturelle Güter der Regionen brach liegen bleiben und weitgehend unbekannt sind. Paris nahm sie nicht zur Kenntnis und Frankreich wurde immer kopflastiger. Nun werden wieder hochoffizielle Einrichtungen vorgeschlagen, die solche Schätze heben sollen und den klingenden Namen *„Centre de documentation régional"* tragen. Wer soll diesen aber vorstehen? Doch wieder Leute, denen man vorher den Kopf derart auf Paris zu gedreht hatte, daß sie ihn kaum mehr in eine andere Richtung bringen können.

Dem den Minderheiten gewidmeten zweiten Teil stellt Giordan das Wort Rousseaus voraus: *„Die Köpfe bilden sich nach den Sprachen, die Gedanken nehmen die Tönung der Einzelsprachen an; nur die Vernunft ist allen gleich, der Geist einer jeden Sprache hat aber seine eigene Form."* (In *„Emile"*).

Er betont gleich zum Anfang: *„Die anderen Sprachen unterdrücken, entwerten, an den Rand drängen, gehört zu einem unmenschlichen, elitären kulturellen Druck, der im Widerspruch steht zum Recht auf Verschiedenheit und zur kulturellen und sozialen Demokratie."* (Seite 45).

Anerkennung der Tatsachen und Wiedergutmachung

Nun aber ist Frankreich eines der sprachlich buntesten Länder Europas. *„Mehr als die Hälfte des Gebietes entspricht Territorien mit anderen Sprachen als dem Französischen, die zudem oft in dem Bereich, in dem sie heimisch sind, ein eindrucksvoll hohes Kulturleben gekannt und nie aufgehört haben, im täglichen und im schöpferischen kulturellen Leben gebraucht zu werden."* (Seite 45). Giordan denkt dabei wohl an die okzitanische Hochblüte im 12. Jahrhundert und an das Elsaß der Staufer und der Renaissance. Wer kennt aber diese Tatsachen im Ausland, dem gegenüber sich die französische Republik als robustes, beinahe wie eine Bienenzelle geformtes Sechseck darbietet? Ja, wieviele Franzosen sind sich dieser Tatsache bewußt? Eine voll ausgebildete Lehrerin meinte 1923 mir gegenüber, Bismarck habe den Elsaß-Lothringern die deutsche Sprache aufgezwungen und war sehr überrascht, als ich ihr Familienpapiere in deutscher Sprache aus dem 18. Jahrhundert zeigte.

Der französische Staat ist im Laufe der Jahrhunderte weitgehend durch Eroberungen der Könige aufgebaut worden. Dies begann schon unter den Frankenkönigen und reichte bis 1866, als Napoleon als Gegenleistung für seine Unterstützung der italienischen Einheitsbestrebungen von den italienischen Freiheitskämpfern und dem König von Sardinien, dem späteren König von Italien, das Gebiet um Nizza ausgeliefert bekam, von dessen Italianität heute kaum mehr etwas übrig ist. Die dem Bericht beigegebene Karte zeigt die bedeutende Ausdehnung der nichtfranzösischen Sprachen, die territorial verhältnismäßig wenig, im täglichen Gebrauch aber stellenweise bis zur Auszehrung zurückgegangen sind. Über die Hälfte des heutigen französischen Staatsgebietes war ursprünglich von französischen Staatsbürgern nichtfranzösischer Muttersprache bewohnt. Vor allem seit der Französischen Revolution und ganz besonders seit etwa der Mite des 20. Jahrhunderts, seit das Volksschulwesen einigermaßen funktioniert, wurden diese Gebiete vom Französischen überlagert. Es ist bedrückend, daß gerade eine so wohltätige Einrichtung wie das Schulwesen zu solch' einem tyrannischen und imperialistischen Zweck mißbraucht werden konnte. Ein Hinweis übrigens, der bei Giordan seltsamerweise nicht steht.

Sehr scharf sind die Worte Mitterrands, die Giordan auf Seite 46 wiedergibt: *„Es ist Frankreichs unwürdig, daß es bei dieser Unterdrückung beharrt, daß es das letzte europäische Land ist, das seinen andersartigen Bürgern die elementaren kulturellen Rechte verweigert, die in internationalen Vereinbarungen, die es selber unterschrieben hat, verbrieft sind."* Als Folgerung verlangt Giordan nicht nur die Anerkennung der Tatsache ihres Bestehens, sondern die **Wiedergutmachung auch auf finanziellem Wege**, in-

SPRACHENKARTE FRANKREICHS

- Bretonisch
- Flämisch
- Deutsch
- Okzitanisch
- Baskisch
- Katalanisch
- Italienisch (weitgehend assimiliert)
- Korsisch

dem die staatlichen Zuschüsse vorrangig den Minderheiten zukommen sollten (Seite 47).

In groben Zügen entwirft er auf Seite 50 einen Überblick über das Geschehen und die Ergebnisse des zentralstaatlichen Wirkens. Besonders wichtig sind dabei einerseits die Feststellung der Kontuinität des Sprachenmordes — die Schweizer haben dafür den Begriff *„geistiges Genozid"* geprägt — von der Revolution bis heute, andererseits die Erklärung des versteckten Mechanismus, mit dem dünkelhaft und missionierend die nichtfranzösischen Sprachen zu minderwertigen erniedrigt werden: (Siehe das bereits erwähnte diskriminierende Verbot: *„auf den Boden zu spucken und Bretonisch zu reden"*!).

Die Entwicklung des sprachlichen Zentralismus

Was er — wohl der Kürze halber — nicht ausführt, das ist, wie das von 1789 profitierende Großbürgertum, die Oberschicht, durch sein sprachliches Verhalten Träger dieses Angriffs auf eins der wichtigsten Menschengüter, die Muttersprache, wird. Als „Oberschicht" spricht es die „Obersprache", auch wenn diese gar nicht von der Kinderstube her die seinige war. Es wirkt beispielgebend für die „Unterschichten", die von eh und je sich nach der führenden Schicht gerichtet haben. Typisch dafür ist der Vorgang in den Mülhauser Fabrikantenkreisen, die bis 1797 noch Schweizer Eidgenossen waren, dann Betriebe und Vermögen gewaltig vergrößerten, nicht zuletzt durch Militärlieferungen, engen Kontakt zu Paris bekamen, aber den volksbewußten Gebrüdern Stöber in deren Frühzeit noch einen Rückhalt boten, während sie dann als „Creme" der Gesellschaft sich in ihre vornehmen Villen auf dem „Rebberg" zurückzogen und nur noch mit den Dienstboten und den Hunden deutsch redeten, wodurch sie ihre entliehene französische Sprache zur feinen Herrensprache erhoben, aber die angestammte deutsche zu der des geringen Volkes stempelten. Wer aber möchte nicht feine Manieren haben?

Sehr stark zu dieser Entwicklung hatte unter anderm eine von Giordan nicht erwähnte Neuschöpfung Napoleons I. geführt, die zentralgelenkten staatlichen „Lycées" und „Collèges", die nach einem einheitlichen Lehrplan nur in der „langue nationale" zu unterrichten hatten. Darüber stand die ebenfalls ganz von Paris abhängige Universität. Hier wurden die führenden Leute erzogen, ganz im Sinne der Pariser Zentrale. So trat im Elsaß an die Stelle der alten reichsstädtischen, bodenständigen Straßburger Universität, die internatioalen Ruf genossen hatte, die französische Provinzuniversität, so gut und so uninteressant wie jede andere französische Provinzuniversität. Sogar die evangelischen Theologen, die nachher in ihren Gemeinden fast ausschließlich deutsch predigen sollten, mußten ihre wissenschaftlichen Arbeiten auf französisch abfassen. Auch auf diesem staatlich gelenkten Wege wurde das Französische die Sprache der „Elite" und strahlte immer mehr in das „Volk" aus. Ohne das Zwischenspiel von 1871—1918, der so viel gelästerten Zeit, in der der angestammten deutschen Sprache für 48 Jahre ihr Recht zurückgegeben wurde, ohne daß in Ostlothringen oder den westlichen Vogesentälern das seinerseits nun Minderheitensprache geworden Französisch angegriffen worden wäre, wie das Paul Lévy in seiner *„Histoire linguistique d' Alsace et de Lorraine"*,

einem 1929 von der damaligen französischen Universität herausgegebenen, also der deutschen Gesinnung unverdächtigen Werk, festgestellt hat.

Auf Seite 58 sucht Giordan nach den Wurzeln der französischen sprachlichen Unduldsamkeit und Starrheit und zeigt, daß der Philosoph, Schriftsteller und Grammatiker Malherbe* weitgehend Pate gestanden hat. Seine engherzigen Sprachregeln bestimmen auch heute noch die republikanische Schule, die alles als ketzerisch, feindlich und deshalb verdammenswürdig verurteile, was nicht reinster Herkunft aus der Ile de France ist. Auch die offizielle Sprache leide unter dieser Sucht nach Reglementierung: *„Die Ausbreitung des Französischen geht vor sich mit einer ständigen Bemühung um gesetzmäßige Festschreibung genormten Gebrauchs und unter Mißachtung der wahren Entwicklung der Sprache im Rahmen der Gesellschaft."* (Seite 58). Diese Standardsprache stehe sich selber im Wege und werde von technischen, geschäftlichen, wissenschaftlichen Gruppensprachen überholt und unterhöhlt.

Die Formen der Wiedergutmachung

Die geforderte Wiedergutmachung dürfe sich nicht auf eine Reform des **schulischen** Gebrauchs und **literarischer** Gepflogenheiten beschränken, sie müsse der angestammten Sprache auf jedem Gebiet ihre **soziale** Funktion, die ihr vom Französischen geraubt worden ist, zurückgeben. So müsse auf Ortsnamenschildern auch der einheimische Name des Ortes erscheinen, wenn er von der französischen Form abweicht. Wie würden da unsere ignoranten bundesdeutschen Allerweltstouristen staunen, wenn sie lesen würden, daß sie in Hagenau sind und nicht in Hagünau, wie sie die französische Schreibart Haguenau lesen, in Oberehnheim und nicht in Obernaj, wie sie Obernai lesen, daß das auch bundesdeutschen Weinliebhabern bekannte Riquewihr eigentlich Reichenweier heißt, Saverne Zabern, Cernay Sennheim, der beliebte „Col de la Schlucht" (vornehm ausgesprochen „Schlüscht") ganz einfach „die Schlucht" ist und vieles mehr. Und mancher achtelsgebildete Journalist müßte sich zwischen den vornehmen Mulhouse und Strasbourg und den ungebildeten, aber echten Mülhausen und Straßburg entscheiden, während er jetzt ohne Bedenken seine kosmopolitische Bildung durch die exotisch klingende Form belegen kann.

Selbstverständlich verlangt Giordan einen entsprechenden Platz für die Landessprache in Funk und Fernsehen, was mehr bedeuten würde als die ärmlichen Darbietungen des **heutigen** Germain Müller, pardon, Muller. Wir betonen: des heutigen, seine früheren befreienden Leistungen im Kabarett „Barabli" seien ohne Einschränkung anerkannt.

**François de Malherbe (1555—1628), bekannt durch seine „Reinigung" der französischen Sprache, der starre Regeln für den Sprachgebrauch — genau nach Pariser Muster — und die Dichtung aufgestellt hat. Er wollte die Sprache des Hofes „entgascognieren" — Heinrich IV. war Gascogner — und steht am Anfang der Hierarchisierung der Sprachen in Frankreich, jenes Vorganges, den Giordan für verheerend hält.*

Natürlich verlangt Giordan auch für die Universität eine viel umfassendere Berücksichtigung der Landessprache und des Bodenständigen. Wie ängstlich bemüht die französische Unterrichtsverwaltung der Zwischenkriegszeit war, das Elsaß von allem Deutschen abzunabeln zeigt die Tatsache, daß an allen größeren Universitäten es für das Fach Deutsch einen reichsdeutschen Lektor gab, in Straßburg das aber nicht sein durfte. Und heute noch gibt es dort weder ein Goetheinstitut mit einer Bibliothek, noch ein Konsulat der Bundesrepublik Deutschland.

Ab Seite 66 bringt Girodan im zweiten Hauptteil ein großes Programm für die Minderheiten wie vorher für alle Regionen und führt auf, was alles fehlt, was einer *„réparation historique"*, einer historischen Wiedergutmachung, bedarf, und wie mühsam es sein wird, das mutwillig zerschlagene Geschirr wieder zu kitten, gar jetzt, wo es überall an Geld fehlt. Aber er sagt zu Recht, ein neuer, duldsamer, anerkennender Geist sei wichtiger als hohe Geldbeträge (Seite 79). Wie schwer es sein wird, diesen neuen Geist zu beschwören, ersieht der Kundige an der Forderung, die Leiter der *„Directions des affaires culturelles"*, kurz DRAC, in den verschiedenen Regionen **müßten der Minderheitensprache mächtig sein!** Eine so selbstverständliche Forderung, daß sie nicht einmal gestellt werden müßte. Dagegen sieht es in Straßburg gegenwärtig so aus, daß sowohl das Stadtarchiv, das Departementalarchiv wie auch die städtischen Museen von Innerfranzosen geleitet werden, wo doch der alte Bestandteil der Archive durch die Bank aus deutschen Urkunden besteht. Diese Männer verstehen selbstverständlich Deutsch, aber so etwas steht in krassem Widerspruch zu den Forderungen Giordans und zeigt, welche Schwierigkeiten sich deren Verwirklichung entgegenstellen. Erinnern wir als Gegenbeispiele daran, daß der Bezirkspräsident in Metz, Graf Zeppelin-Aschhausen, unbeschwert vom Deutschen ins Französische und umgekehrt wechseln konnte; daß Wilhelm II. in seinem lothringischen Schloß Urville, das er sehr liebte, sich des Französischen zu bedienen pflegte. Wer hätte je Ähnliches von einem französischen Präfekten oder gar Staatspräsidenten gehört? An solchen Beispielen erkennt man erst recht, welche unmöglichen, ja, unmenschlichen Wege die französische Kulturpolitik gegangen ist, die stets den Staat und die Ideologie der *„une et indivisible"* vor den Wert des Menschen setzt, also ihrem Wesen nach undemokratisch ist, trotz aller wohlklingenden Bekundungen, und welche Mühe gutwillige Menschen wie Giordan und Mitterrand haben werden, um sie modernen Foderungen anzupassen.

Die Mühe, ein gutes Gesetz auch anzuwenden

Freilich, wer diesen mörderischen Mechanismus nicht sozusagen von innen her kennengelernt hat wie die Elsässer, die Bretonen und die anderen Minderheiten, der wird sich täuschen lassen. Er wird vielleicht auf Artikel 12 des Gesetzes vom 11. Juli 1975 über das Erziehungswesen hinweisen, der als Zusatzantrag des bereits erwähnten bretonischen Abgeordneten Le Pensec dem Gesetzestext eingefügt wurde und worin die sieben Minderheitensprachen Frankreichs (Elsässisch, Baskisch, Bretonisch, Katalanisch, Korsisch, Flämisch, Okzitanisch) aufgeführt werden. Nur: Giordan belehrt uns, (Seite 85), daß bis heute noch keine Verordnung ergangen ist, die die Anwendung des Gesetzes vorschreibt. Es bleibt fein säuberlich in der Schublade zum eventuellen Vorzeigen als Alibi, und alles andere bleibt beim alten.

Wie man es umgekehrt machen kann, wo Vernunft und ein ernster Wille vorhanden sind, erzählte mir Ende der fünfziger Jahre der Bundestagsabgeordnete Ernst Paul (SPD) aus Eßlingen: Die Dänen machten der deutschen Minderheit das Leben schwer. Paul war mit dem damaligen dänischen Ministerpräsidenten aus der Zeit der Emigration her befreundet und fragte diesen, ob er solche Zustände für vernünftig und zukunftsträchtig halte. Das fand der ehrliche Däne keinesfalls, er konterte aber: „Ihr mit eurer 5-Prozent-Klausel gesteht unserer viel zu kleinen dänischen Minderheit in der Bundesrepublik, um diese Hürde zu überspringen, nicht einmal im Schleswig-Holsteiner Landtag eine Vertretung zu." Das lasse sich machen, meinte Paul und sorgte unter der Hand dafür, daß zugunsten der dänischen Minderheit eine Ausnahmebestimmung geschaffen wurde. Seither seien alle Spannungen zur beiderseitigen Zufriedenheit beseitigt.

Eine einmalige Gelegenheit unter Freunden

So weit, so gut! Aber, welcher deutsche Politiker wird es wagen, mit einem französischen Kollegen ein offenes Wort zu reden über die elsässische und lothringische Sprachenmisere im „Vereinigten Europa"? Da treffen sich die Freunde Giscard, der Liberale und Schmidt, der Sozialdemokrat, dann der Sozialist Mitterrand und der Christdemokrat Kohl regelmäßig und harmonieren wunderbar. Aber hat je der deutsche Partner, wie er auch heißen mag, seinen französischen Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß der französische Staat auf einem Teil seines Territoriums die dort heimische deutsche Sprache, (die des Freundes!) zumindest benachteiligt, um nicht zu sagen, auszurotten versucht, um die Sprachgrenze mit der Staatsgrenze übereinstimmen zu lassen? Das müßte gerade jetzt, wo in der Person von Präsident Mitterrand allem Anscheine nach ein verständnisvoller Partner gegenübersteht, möglich sein. Geschieht es? Und wenn nicht, warum nicht? Die von Mitterrands Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung Giordans könnte einen guten Anknüpfungspunkt bieten. Ob eine solche Gelegenheit je wiederkehrt?

Bevor wir zum Abschluß kommen, sei hier ein kritisches Wort erlaubt: Giordan ist sicher guten Willens, aber er steht selber wohl derart unter der Tabuisierung des Wortes *„deutsch/allemand"*, daß er es nur einmal, Seite 55, benützt. Sonst spricht er von *„alsacien"*, als ob es eine selbständige elsässische Sprache gäbe wie das Baskische etwa, oder von *„parlers germaniques"*, womit auch das Lothringer Platt gemeint ist. Er benützt also einen zweideutigen, in den französischen Ohren nicht so böse klingenden Ausdruck. *„Germanique"* kann ebensowohl „germanisch" wie „deutsch" bedeuten. Nun sind aber die elsässischen wie die lothringischen Mundarten eindeutig deutsche Mundarten, in zweiter Linie erst germanische, genau wie die von Offenburg, Freiburg oder Basel. Giordan nun, dem wir keinerlei Absicht zu verschleiern oder zu fälschen unterstellen möchten, steht trotz seiner Absicht, die in Frankreich gesprochenen Minderheitensprachen von der Pariser Tyrannei zu befreien, selber derart unter deren Einfluß, daß er in die von dieser geprägten Terminologieen „alsacien" und „germanique" verfällt und nur ein

einziges Mal den richtigen Ausdruck gebraucht. Seine Ehrlichkeit bezeugt er dann an der gleichen Stelle, indem er darauf hinweist, daß die schriftliche Ausdrucksform der elsässischen Mundarten das „Hochdeutsche" ist, wobei er hier diesen Ausdruck unübersetzt gebraucht.

Zusammenfassend: Es ist in der französischen Regierung gegenwärtig sicher viel guter Wille vorhanden, eine Gelegenheit, die sehr rasch vorbei sein könnte, man denke nur an die anderen sie belastenden Fragen, besonders solche sozialer Art, denn nicht nur in der Minderheitenpolitik hinkt Frankreich hinterher. Zudem stehen riesengroße Hindernisse diesem Willen gegenüber. Einmal das Trägheitsgesetz einer jahrhundertealten Tradition. Zu dieser Belastung gehören auch diejenigen, die wir schon erwähnt haben, die bourgeoisen oder nach „oben" zielenden Schichten, die eigentlich auf dem guten Wege vorangehen sollten.

Gute Vorsätze, aber viele Schwierigkeiten

Ferner: Man unterschätze nicht die im Laufe der Jahrhunderte errungene Stellung von Paris. Frédéric Hoffet charakerisiert in „Psychanalyse de Paris" diese Stellung sehr gut als die eines Hofes um seinen König. Der ehemalige Hof von Versailles habe mit der Revolution seine zentrale und bestimmende Stellung an Paris mit seiner Ballung von Künstlern, Dichtern, Politikern, hohen Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamten, Banken als einem stellvertretenden „Hofe" delegiert. Es ist schade, daß dieses gescheite Buch heute weder in der französischen Fassung noch in der deutschen Übersetzung mehr zu haben ist.

Nicht zuletzt ist aber in der Schule selber das SNI (Nationales Lehrersyndikat) ein Hindernis, das unerbittlich gegen alles, was in Richtung einer „kulturellen Demokratie" gehen möchte, kämpft, so stolz es sich auch demokratisch gebärdet. Was diese Gewerkschaft für ein Gewicht hat, weiß nur der, der die französischen Verhältnisse, besonders die Schulverhältnisse, von innen her kennt.

Für das Elsaß und Lothringen kommt noch ein weiteres hinzu, was für die übrigen Minderheiten nicht zutrifft: Der links-liberale ehemalige Abgeordnete der französischen Kammer, Camille Dahlet, der in der Zwischenkriegszeit für die elsaß-lothringischen kulturellen Belange eingetreten war, sich aber 1940 bis 1944 sehr distanziert zur deutschen Verwaltung zeigte und deshalb nach 1945 einiges wagen durfte, bezeichnete damals das Elsaß (und Lothringen) als *„das Land der Angst"*. Dazu folgendes, keineswegs seltenes Beispiel: Ein etwa 1860 Geborener kam als französischer Staatsbürger zur Welt, wenn auch seine Eltern kein Wort Französisch konnten. 1871 wurde er Deutscher, 1918 wieder französischer Staatsbürger. 1940 wurde er wieder Deutscher, 1944 bzw. 1945 wieder Franzose. Wohnte er in dem Zipfel, der 1945 durch die Rundstedt-Offensive zurückerobert worden war, so galt von Januar bis März 1945 wiederum seine deutsche Staatsangehörigkeit. Dazu konnte es Komplikationen geben, z.B. daß 1871 ein älterer Bruder nach Frankreich ausgewandert war, daß dessen Söhne 1914/18 auf französischer Seite kämpften und fielen, die seinen auf deutscher. Daß 1918 vielleicht einer dieser Söhne es vorzog, im Reich zu bleiben, daß 1940 ein anderer oder ein Enkel

das nationalsozialistisch gewordene Elsaß mit dem Frankreich Pétains oder de Gaulles vertauschte, daß 1944 ein anderer Sohn oder Enkel, der sich mit den deutschen Stellen eingelassen hatte, über den Rhein ging oder in die Fänge der *„épuration"* (Säuberung) geriet und in dem ehemaligen deutschen, jetzt französischen KZ Struthof oder einem andern eingesperrt wurde. Das ist leider kein Fantasieprodukt, sondern vielfache elsässische Wirklichkeit.